



Presseschau vom 03.02.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Liudmila Kotlyarova: Verteidigungsministerium Russlands gibt Geheimdokumente zu Konferenz von Jalta frei

Zum 75. Jahrestag der Konferenz der Mitglieder der Anti-Hitler-Koalition in Jalta hat das russische Verteidigungsministerium auf seiner Webseite die bisher geheimen Dokumente zur Vorbereitung der Konferenz veröffentlicht. Sputnik legt dar, wie die Sicherheit der Delegationen auf der Konferenz gewährleistet und der Feind blockiert wurde. ...

<https://sptnkne.ws/BpdE>

Ilona Pfeffer: Wenn man keine Ahnung hat, aber davon ganz viel – ARD-Berichterstattung zu Libyen in der Kritik

Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam haben die Libyen-Berichterstattung der ARD unter die Lupe genommen. Die Autoren der „Ständigen Publikumskonferenz“ kommen dabei zu erschreckenden Ergebnissen.

<https://sptnkne.ws/Bp26>

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 2. Februar 2020 wurden zwei Beschießungen von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt:

Beschossen wurden **Golubowskoje** und **Smeloje**.

Geschossen wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen.

Im Ergebnis der Aggression auf Smeloje wurde **ein Soldat der Volksmiliz der LVR verletzt**. Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Vier türkische Soldaten bei Zusammenstößen mit syrischer Armee in Idlib getötet**

Vier türkische Soldaten sind bei Zusammenstößen mit der syrischen Armee in der syrischen Provinz Idlib ums Leben gekommen. Dies berichtet der TV-Sender NTV unter Verweis auf das Verteidigungsministerium der Türkei.

Neun weitere türkische Soldaten seien verletzt worden, einer von ihnen befindet sich in einem schweren Zustand, heißt es in einer Mitteilung des Ministeriums.

Vorher hatte der türkische Staatspräsident, Recep Tayyip Erdogan, geäußert, sollte die Lage in Idlib sich nicht normalisieren, würde Ankara dem nicht teilnahmslos zusehen. Sein Land sei bereit, alle notwendigen Schritte bis hin zu einem Militäreinsatz zu unternehmen, betonte er.

Syrische Offensive in Aleppo und Idlib

Angesichts der täglichen Angriffe auf Wohnviertel durch Terrorkämpfer, bei denen dutzende Zivilisten umgekommen waren, leitete die syrische Armee am 26. Januar eine Offensive im westlichen Teil der Stadt Aleppo ein. Am 29. Januar gab der syrische Generalstab die Befreiung der Großstadt Maarat an-Numan bekannt, die von den Terrorkämpfern bereits 2012 erobert worden war. Die Stadt an der Autobahn von Aleppo nach Hama hat eine strategische Bedeutung: Sie war eine der wichtigsten Extremisten-Hochburgen und ein Umschlagplatz bei deren Versorgungsrouten im Süden der Provinz Idlib.

Damaskus will die letzte Deeskalationszone unter seine Kontrolle bringen.

Im Mai 2017 hatten Vertreter von Russland, dem Iran, der Türkei und Syrien bei einer Konferenz in der kasachischen Stadt Astana (heute Nur-Sultan) die Schaffung von vier Deeskalationszonen in Syrien vereinbart. 2018 brachte Damaskus drei von ihnen unter seine Kontrolle. Die vierte Deeskalationszone, der Gebiete der Provinzen Idlib, Latakia, Hama und Aleppo, wird von der syrischen Regierung nicht kontrolliert: Der Großteil dieses Territoriums wurde von der Terrormiliz „Dschabhat an-Nusra“ erobert.

Im September 2018 einigten sich Moskau und Ankara auf die Schaffung einer demilitarisierten Zone in Idlib, wo mehrere Milizen operieren.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32641/15/326411570.jpg>

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 2. Februar 3:00 Uhr bis 3. Februar 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und

Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 6. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Shabitschewo, Donezk (Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Alexandrowka, Nowaja Tarwija.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 47.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 59.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Türkische F-16 greifen Ziele in syrischem Idlib an**

Die türkischen Jagdflugzeuge F-16 haben laut den Aussagen des Präsidenten Recep Tayyip Erdogan mindestens 40 Ziele im Nordwesten Syriens angegriffen. Somit reagierte Ankara auf den jüngsten Beschuss der türkischen Militärs.

Kurz vor seinem Abflug in die Ukraine äußerte sich der türkische Staatschef zu den jüngsten Informationen, wonach bei Zusammenstößen mit der syrischen Armee in der syrischen Provinz Idlib vier türkische Soldaten ums Leben gekommen sind.

„Die Türkei hat mit einem starken Schlag auf den Beschuss in Idlib geantwortet“, wird Erdogan von der Nachrichtenagentur Anadolu zitiert.

Er verurteilte den jüngsten Artilleriebeschuss in der Deeskalationszone Idlib.

Ihm zufolge setzen die türkischen F-16-Maschinen und Haubitzen ihre Schläge fort. Demnach sollen mehr als 40 Ziele attackiert und 30 bis 35 syrische Militärs getötet worden sein. Es habe insgesamt 122 Artillerie- und 100 Granatwerferschläge gegeben.

„Die Türkei hat nicht vor, den Einsatz in Idlib zu stoppen“, so Erdogan.

Die türkische Zeitung „Daily Sabah“ postete in ihrem Twitter-Account ein Video, das angeblich den türkischen Schlag vor Augen führen soll:

Vier türkische Soldaten getötet

Zuvor hatte das Verteidigungsministerium der Türkei gemeldet, dass vier türkische Soldaten bei Zusammenstößen mit der syrischen Armee in der syrischen Provinz Idlib ums Leben gekommen waren. Neun weitere türkische Soldaten seien verletzt worden.

Mil-Inr.info: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR zum Beschuss des Territoriums der LVR und der Verletzung eines Soldaten der Volksmiliz**

Die bewaffneten Formationen der Ukraine steigern weiter die Intensität des Beschusses von Ortschaften der Republik und versuchen den Prozess der friedlichen Regelung des Konflikts zu sabotieren.

So haben gestern Kämpfer der 93. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf Befehl des Kriegsverbrechers Bryshsinskij Smeloje mit Schusswaffen beschossen.

Infolge der Aggression der ukrainischen Kämpfer wurde ein Soldat der Volksmiliz der LVR verletzt. Er wurde qualifiziert ärztlich behandelt.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Die Verschärfung der Situation in diesem Gebiet hängt mit dem Verlust der Kontrolle des Stabs der OOS über diese Einheit zusammen, deren Kommandeur sich weigert, die Befehle des übergeordneten Kommandos zu befolgen und das Regime der Feueinstellung einzuhalten. Indem er die Einheiten der Volksmiliz zur Erwidernng des Feuers provoziert, versucht Bryshinskij nicht kampfbedingte Verluste in der Brigade abzuschreiben. Wie zuvor bekannt wurde, geriet am 1. Februar im Gebiet von Orechowo ein Kämpfer der 93. Brigade auf eine eigene Mine. Ein weiterer Fall ereignete sich im Gebiet von Nowotroizkoje, wo zwei Soldaten dieses Verbandes auf eine Sprengeinrichtung gerieten, von denen einer an seinen Verletzungen starb. In der letzten Woche ist das schon der vierte Fall, dass Soldaten der 93. Brigade auf eigene Minen geraten. Wir warnen das Kommando der OOS, dass die schuldigen Personen für alle Beschüsse die verdiente Strafe erhalten werden. Auf alle rechtswidrigen Ausfälle der außer Kontrolle geratenen Kämpfer wird die Volksmiliz unverzüglich eine adäquate Antwort geben.

de.sputniknews.com: „**Militärischer Hilfe für Konfliktseiten ein Ende setzen**“ – Maas kündigt UN-Resolution zu Libyen an

Der deutsche Außenminister Heiko Maas hat die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass eine Resolution des UN-Sicherheitsrates zu Libyen dazu beitragen werde, der Unterstützung der Konfliktparteien in Libyen durch Drittländer ein Ende zu setzen. Die Resolution soll die Ergebnisse der Libyen-Konferenz Mitte Januar in Berlin verankern.

Wie Maas in einer ZDF-Sendung sagte, hielten sich die an der Libyen-Konferenz in Berlin beteiligten Länder nicht an ihre Zusagen, keine militärische Hilfe mehr für die Bürgerkriegsparteien zu leisten. Das sei bisher nicht geschehen.

„Wir gingen aber auch nicht davon aus, dass am Tag nach der Libyen-Konferenz in Berlin in Libyen Frieden herrschen wird.“

Deutschland sei aber nicht untätig. Derzeit arbeite man im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an einer eigenen Resolution.

„Das wird noch einmal klarmachen, dass alle, die jetzt gegen das Waffenembargo verstoßen, mit Konsequenzen rechnen müssen“, sagte er. Niemand könne davon ausgehen, dass er, „wenn er weiter Unterstützungsleistungen nach Libyen schafft, in irgendeiner Weise unerkant davonkommt“, setzte der Außenminister fort.

Ferner erinnerte er daran, dass sich „in den nächsten Tagen“ die libyschen Bürgerkriegsparteien selbst zu Gesprächen treffen sollten. Demnächst soll eine Sitzung der sogenannten Militärkommission unter Leitung der Uno stattfinden, in deren Rahmen die Konfliktparteien eine vollständige Feueinstellung vereinbaren sollten. Schritt für Schritt werde das Beschlossene nun umgesetzt, so Maas.

„Wir werden uns Mitte März mit den Außenministern aller an der Libyen-Konferenz in Berlin beteiligten Staaten noch einmal treffen“, sagte Maas.

UN-Sicherheitsrat stellt Gespräche über eine mögliche Resolution in Aussicht

Der Sicherheitsrat stellt derweil Gespräche über eine mögliche Resolution zu Libyen in Aussicht.

Wie der vietnamesische UN-Botschafter Dang Dinh Quy in seiner Funktion als Präsident des Rates am 22. Januar sagte, würden weitere Gespräche der 15 Mitgliedsstaaten, zu denen auch Deutschland gehört, in den kommenden Tagen folgen. Das Gremium begrüßte die erreichte Einigung und forderte die Konfliktparteien auf, konstruktiv an einem formalen Waffenstillstand zu arbeiten.

Libyen-Konferenz in Berlin

Am 19. Januar fand in Berlin eine Libyen-Konferenz statt, an der 16 Staaten und Organisationen, darunter auch Russland, die USA, die Türkei, Ägypten sowie Vertreter der EU und der Uno beteiligt waren. Vereinbart wurde, internationale Anstrengungen zur

Überwachung des bereits seit 2011 bestehenden UN-Waffenembargos für Libyen zu verstärken.

Gefordert wird eine umfassende Demobilisierung und Entwaffnung der Milizen in dem Bürgerkriegsland. Verletzungen eines Waffenstillstandes sollen sanktioniert werden. Nach der Konferenz war auch eine Debatte aufgekommen, ob die Bundeswehr helfen sollte, einen Waffenstillstand zu überwachen. Ein solcher kann nach Einschätzung von Experten nur dauerhaft sein, wenn er von einer Friedenstruppe überwacht und durchgesetzt wird.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32615/42/326154234.jpg>

Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Der Gegner unterlässt die Versuche nicht, die Situation an der Kontaktlinie zu destabilisieren, und steigert dazu die Intensität des provokativen Beschusses auf das Territorium unserer Republik.

Heute um 10:20 Uhr haben ukrainische Straftruppen aus der 28. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Martschenko zielgerichtet das Feuer mit Schützenpanzerwaffen auf Wohnhäuser von **Staromichajlowka** eröffnet. Örtliche Einwohner waren gezwungen sich in den Kellern ihrer Häuser in Sicherheit zu bringen.

Infolge des Beschusses wurden zwei Wohnhäuser in der Schewtschenko-Straße 44 und 55 beschädigt.

Genauere Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und über Verletzte unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

Diese Verletzung des Regimes der Feueereinstellung wurde auch von Mitarbeitern des GZKK festgestellt.

Die Materialien zu dem Fall von Beschuss wurden Vertretern internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen den Brigadekommandeur der BFU Martschenko hinzuzufügen.

Wir rufen die internationalen Beobachter der OSZE-Mission auf, ihre Aufmerksamkeit auf die Aggression der bewaffneten Formationen der Ukraine gegen die Donezker Volksrepublik zu richten und die ukrainische Führung in Gestalt von Selenskij zu zwingen, die erreichten Vereinbarungen zu erfüllen, um ein weiteres Blutvergießen auf dem viel geprüften Land des Donbass zu verhindern.

de.sputniknews.com: **Russland plant keine Militärbasis in Zentralafrikanischer Republik – Botschafter**

Der russische Botschafter in der Hauptstadt der Zentralafrikanischen Republik Bangui hat Medienberichte dementiert, laut denen Russland sich an Militäreinsätzen beteiligen und Militärstützpunkte in diesem Land eröffnen will.

„Es gibt keine russischen Militärstützpunkte in Zentralafrika und wir planen auch keine“, so der russische Botschafter in Bangui, Wladimir Titorenko. Russland nehme auch nicht an jeweiligen Einsätzen in der Republik teil. Die früheren Medienberichte basieren auf der „fälschlich übersetzten Rede des zentralafrikanischen Präsidenten aus dem Französischen“. Russland helfe der Zentralafrikanischen Republik bei der Schulung der Militärs und liefere kostenfrei Klein- sowie Leichtwaffen. „Darin besteht unsere Beteiligung“, sagte der Botschafter. In der Zentralafrikanischen Republik befindet sich nur eine Militärbasis. Sie gehört Frankreich und wurde laut Titorenko noch nach den alten Abkommen eröffnet. „Sie liegt in der Nähe des Flughafens und sorgt für seine Sicherheit“. Russlands Verteidigungsministerium plane Anfang März eine Vertretung in diesem Land zu eröffnen. Dies erfolge im Einklang mit einem Abkommen zwischen den Verteidigungsämtern beider Länder. Die Vertretung werde bei der Reformierung der Streitkräfte des Landes helfen, die „faktisch 2013 vernichtet wurden und ernsthafte Reformen benötigen“. „Unsere Rolle besteht gerade darin“, schloss der russische Diplomat.

Wpered.su: In Donezk wurde die Vorbereitung zum Gründungskongress des Volkspatriotischen Union der DVR erörtert

Am letzten Wochenende fand eine Sitzung des Gründungskomitees der Volkspatriotischen Union der DVR statt, bei der die Vorbereitung auf den Gründungskongress erörtert wurde. An der Sitzung nahmen der erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow, der Leiter der gesellschaftlichen Organisation „Neue Skythen Noworossijas“ Alexandr Matjuschin, der Dozent des Lehrstuhls für Politologie der Donezker Nationaluniversität Kirill Tscherkaschin, der Vorsitzende der Historischen Gesellschaft der DVR Walerij Kusin, der Koordinator der „Nationalen Befreiungsbewegung“ in der DVR Oleg Berjosowoj, der erste Sekretär des ZK des Leninschen Komsomol Wadim Popkow sowie Aktivisten der KP der DVR und der „Neuen Skythen Noworossijas“, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

de.sputniknews.com: Russlands Armee bekommt noch im Jahr 2020 neuestes S-500-Raketenabwehrsystem – Verteidigungsamt

Die neuesten Raketen für das russische Raketenabwehrsystem S-500 „Prometheus“ sind laut Vize-Verteidigungsminister Alexej Kriworutschko bereits im Jahr 2019 erfolgreich getestet worden. Daher kann der Komplex noch in diesem Jahr an die Armee geliefert werden. „Wir sind davon überzeugt, dass der neue Komplex im Jahr 2020 zur Lieferung an die Armee fertig sein wird“, zitiert das Magazin „Radioelektronische Technologien“ Kriworutschko. Zuvor wurde mitgeteilt, dass die Vorprüfungen des Raketenabwehrsystems S-500 für 2020 und dessen Lieferung an die russischen Streitkräfte für 2025 anberaumt seien.

S-500 „Prometheus“

Das neueste russische Raketenabwehrsystem S-500 „Prometheus“ wird vom Rüstungskonzern „Almas-Antei“ gebaut. Eine alternative Bezeichnung lautet 55R6M „Triumfator-M“.

Die Einsatzreichweite des Raketenabwehrsystems S-500 beträgt im Radius 640 Kilometer bis zu einer Höhe von 200 Kilometern. Das S-500-System soll imstande sein, gleichzeitig zehn Interkontinentalraketen und deren Sprengköpfe, die sich mit Hyperschallgeschwindigkeit bewegen, zu zerstören.

Die Raketen werden in eigens dafür eingerichteten Werken in Kirow und Nischni Nowgorod (im Föderationskreis Wolga) hergestellt. Sergei Tschemesow, Generaldirektor des russischen Rüstungskonzern Rostec, verkündete im Juni 2019 den Beginn der S-500-Produktion. Der Föderationskreis Wolga hat keinen Zugang zum Meer und liegt im Zentrum Russlands.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31975/11/319751126.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Chinas Außenministerium wirft Washington Panikmache bei Coronavirus vor**

Die USA haben China keine Hilfe beim Kampf gegen das Coronavirus geleistet und dabei eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die in China Furcht und Schrecken verbreitete. Dies meldet am Montag Reuters unter Berufung auf die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, Hua Chunying.

Demnach leisteten die Vereinigten Staaten den chinesischen Behörden beim Coronavirus-Kampf keine Hilfe.

Jedoch hätten sie als Erste die teilweise Evakuierung ihrer Botschaftsmitarbeiter angekündigt sowie als Erste ein US-Einreiseverbot für chinesische Bürger verhängt.

Alles, was die USA unternommen hätten, habe „nur Furcht und Schrecken verbreiten“ können, so die Sprecherin.

China hoffe, dass die Länder vernünftig, besonnen und auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse reagierten.

Einreiseverbot verhängt

Die USA hatten zuvor wegen des Coronavirus einen öffentlichen Gesundheitsnotstand ausgerufen. Ausländern, die sich in den vergangenen zwei Wochen in China aufgehalten haben, wird laut der offiziellen Mitteilung von US-Behörden vom 2. Februar die Einreise verboten.

Coronavirus

In China sind bereits mindestens 361 Menschen (Stand: Mitternacht des 2. Februar) der Krankheit erlegen. Die Zahl der bekannten Infektionsfälle stieg auf mehr als 17.000 an. Außerhalb Chinas gibt es knapp 150 Infizierte zu verzeichnen, darunter auch ein Todesopfer.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 03.02.2020**

Nach Angaben, die von den Beobachtern des GZKK der DVR erfasst wurden, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **in den letzten 24 Stunden sechsmal Ortschaften der Republik beschossen.**

In **Richtung Donezk** haben Kriegsverbrecher aus der 56. Brigade auf Befehl von Iwanow Shabitschewo und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen. Kämpfer der 28. Brigade unter Kommando von Martschenko haben **Alexandrowka** und die Siedlung des Trudowskaja-

Bergwerks mit Schützenpanzerwaffen und Antipanzergranatwerfern beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 10. Brigade auf Befehl des Verbrechers Subanitsch **Nowaja Tawrija** mit 120mm-Mörsern beschossen.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 28. Brigade **Staromichajlowka** mit Schützenpanzerwaffen beschossen. Im Ergebnis des Beschusses wurden zwei Wohnhäuser in der Schewtschenko-Straße 44 und 55 beschädigt.

Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzten unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

Die Materialien zum Beschuss von Ortschaften wurden Vertretern internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren, die gegen die Brigadekommandeure der BFU Martschenko, Kaschtschenko, Subanitsch und Iwanow eingeleitet wurden, hinzuzufügen.

Uns wurden weitere Umstände der **Beteiligung von Kämpfern der ukrainischen Banden an Verbrechen in der OOS-Zone** bekannt.

So haben Kämpfer der 128. Brigade unter Nutzung der zeitweiligen Abschaltung der Stromversorgung mehr als zwei Kilometer Kabel gestohlen, im Zusammenhang damit hat das Gebiet von Starognatowka keinen Strom. Bei Ermittlungs- und Fahndungsmaßnahmen haben kurz darauf Mitarbeiter der Polizei drei Kämpfer eines Panzerbataillons der 128.

Gebirgstruppe festgenommen. Bei einer Befragung stellte die Ermittlung fest, dass die Kämpfer durch die fehlende Lebensmittelversorgung zu dem Diebstahl der Leitungen bewegt wurden sowie durch Verstöße bei den Auszahlungen des Solds, den die Kämpfer das letzte Mal im November erhalten hatten. Diese Informationen wurden von den Mitarbeitern der Militärstaatsanwaltschaft an den Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ übergeben, im Zusammenhang damit wird in der nächsten Zeit in der 128. Brigade die Arbeit einer Kommission des Finanzdienstes erwartet.

Im Vorfeld der bevorstehenden Rotation der 92. Brigade ist in dem Verband eine komplexe Kommission des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung Ost“ eingetroffen.

Bei der Arbeit entdeckte die Kommission einen Fehlbestand von 6000 Patronen 5,45 mm, 95 120mm- und 45 82mm-Mörsergeschossen, 120 Granat RPG und einem Antipanzerraketensystem „Stugna-P“.

Außerdem wurde das Fehlen von vier Tonnen Dieseltreibstoff, drei Tonnen Benzin sowie mehr als einer Tonne Schmieröl verschiedener Marken festgestellt.

Bei der Überprüfung der Erfassung und Anwesenheit des Personals in der 92. Brigade entdeckte die Kommission das Fehlen von 22 Kämpfern ohne nachvollziehbaren Grund. Bei einer Untersuchung wurde festgestellt, dass die Mehrheit der fehlenden Kämpfer vor mehr als drei Monaten eigenmächtig den Truppenteil verlassen hat.

de.sputniknews.com: **Britisches Flugzeug spioniert an Russlands Grenze**

Ein britisches Aufklärungsflugzeug RC-135W Rivet Joint ist am Montag laut dem Portal Plane Radar nahe der russischen Grenze geortet worden.

Die Maschine mit der Bordnummer ZZ666 startete demnach vom Luftstützpunkt Mildenhall und begab sich danach in Richtung Kaliningrader Gebiet.

Laut der Mitteilung des Portals um 11:30 Uhr (Moskauer Zeit) führt die Maschine „einen Aufklärungsflug entlang der Grenze des Kaliningrader Gebiets“ durch.

Der Flug erfolgte in einer Höhe von mehr als acht Kilometern mit einer Geschwindigkeit von knapp 635 Stundenkilometern.

In der letzten Zeit haben sich die Aktivitäten ausländischer Aufklärungsflugzeuge und Drohnen nahe der russischen Grenzen und Militärobjekte intensiviert. Ausländische Fluggeräte militärischer Zweckbestimmung tauchen regelmäßig über der Ostsee, der Region der Krim und Krasnodar sowie bei russischen Luftstützpunkten in Syrien auf. Zudem wurden sie an der Trennlinie im Donbass gesichtet.

de.sputniknews.com: **Beschuss in Idlib: Zahl getöteter türkischer Militärs steigt auf sechs**
Die Zahl der Todesopfer nach dem Beschuss von Einheiten der türkischen Streitkräfte ist laut dem Verteidigungsministerium des Landes auf sechs gestiegen. Zuvor war die Rede von vier Toten.

„Einer unserer Soldaten und ein Mitarbeiter des Zivilpersonals“, die durch den Angriff unserer Einheiten vom 3. Februar verletzt wurden, kamen demnach ums Leben. Damit beläuft sich die Zahl der Todesopfer auf sechs.

Am Montag war berichtet worden, dass vier türkische Militärs und weitere neun bei dem Beschuss seitens der syrischen Armee in Idlib getötet beziehungsweise verletzt worden waren. Später erklärte der türkische Staatschef, Recep Tayyip Erdogan, dass die türkischen Jagdflugzeuge F-16 mindestens 40 Ziele im Nordwesten Syriens angegriffen hätten.

Am Montag teilte unter anderem das russische Versöhnungszentrum in Syrien mit, dass die türkischen Truppen Russland nicht über ihre Bewegungen in der Idliber Deeskalationszone informiert hätten.

„Die Einheiten der türkischen Truppen haben sich in nächtlichen Stunden vom 2. auf 3. Februar ohne Informierung der russischen Seite innerhalb der Idliber Deeskalationszone bewegt und sind unter Feuer der Regierungstruppen gegen Terroristen in einer Region westlich der Ortschaft Sarakeb geraten“, hieß es. ...



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32641/36/326413654.jpg>

de.sputniknews.com: **Erdogan besorgt um Rechte der Krim-Tataren – Kreml empfiehlt: „Alles aus erster Hand sehen“**

Russlands Einladung an den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, die Schwarzmeer-Halbinsel Krim zu besuchen, ist laut Kreml-Sprecher Dmitri Peskow noch aktuell. Laut Erdogan erkennt die Türkei den Beitritt der Krim zu Russland nicht an und verfolgt weiter die Menschenrechtslage auf der Krim.

„In dieser Hinsicht sind wir mit unseren türkischen Partnern überhaupt nicht einverstanden. Wir sind mit jenen Formulierungen nicht einverstanden, die in diesem Kontext verwendet werden. Wir haben mehrmals darüber gesprochen, dass jegliche Bedenken in Bezug auf die Krim-Tataren unbegründet sind“, sagte Peskow am Montag in seinem Kommentar zu den Aussagen Erdogans über die Krim-Tataren.

Ihm zufolge hat Russlands Präsident Wladimir Putin seinem türkischen Amtskollegen mehrmals die reale Sachlage erklärt.

„Für Präsident Erdogan ist die Einladung des Präsidenten Putin noch gültig, die Krim zu besuchen und alles, wie man sagt, aus erster Hand zu sehen“, erinnerte der Sprecher.

Zuvor am Montag hatte Erdogan erneut erklärt, dass Ankara die Wiedervereinigung der Krim mit Russland nicht anerkenne und die Wahrung der Menschenrechte der Krim-Tataren weiter

überwachen werde. ...



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30223/37/302233772.jpg>

Mil-Inr.info: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko

Die BFU verletzen weiter das Regime der Feueinstellung in Richtung Slawjanoserbsk, wobei sie sich auf den Beschuss von **Golubowskoje** und **Smeloje** konzentrieren. Im Vorfeld des Besuchs des stellvertretenden Leiters der OSZE-Mission in der Ukraine Mark Etherington unternimmt das Kommando der BFU Versuche, die Lage zu destabilisieren.

Nach Angaben die von den Vertretern der LVR im GZKK erfasst wurden, haben die BFU **in den letzten 24 Stunden zweimal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Beide Beschießungen erfolgten von den Positionen der 93. Brigade der ukrainischen Streitkräfte. Um 15:30 Uhr haben Kämpfer der 93. Brigade auf Befehl des Verbrechers Bryshinskij das Gebiet von Golubowskoje mit einem automatischen Granatwerfer beschossen.

Um 22:50 hUhr at der Gegner Smeloje mit Schusswaffen beschossen.

Ifolge der Aggression der ukrainischen Kämpfer erlitt ein Soldat der Volksmiliz der LVR Verletzungen. Er wurde qualifiziert ärztlich behandelt.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Die Materialien zum Beschuss von Ortschaften wurden an Vertreter internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der LVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen die Kommandeure der 93. Brigade Bryshinskij hinzuzufügen.

Der Gegner nutzt weiter den Waffenstillstand zum technischen Ausbau seiner Positionen und installiert Minensperren auf von ihm kontrolliertem Territorium.

Unsere Aufklärung hat Arbeiten zur Ausrüstung von Positionen des 3. Bataillons der 93. Brigade und zur Verstärkung von Schützengräben im Gebiet von Nowotoschkowskaja festgestellt. Außerdem wurde in diesem Gebiet die Arbeiter einer Gruppe von technischen Kräften festgestellt. Ihre Arbeit ist durch die nicht kampfbedingten Verluste bedingt, die die 93. Brigade in der letzten Woche im Ergebnis des Geratens von drei Soldaten auf eigene Minen erlitt. Um eine Ermittlung dazu durchzuführen arbeitet im Verantwortungsbereich der 93. Brigade eine Kommission des technischen Dienstes des Stabs der OOS.

Bei der Arbeit der Kommission wurden eine Reihe grober Verletzungen von Instruktionen im technischen Bereich entdeckt. Insbesondere werden bei der Installation von Minensperren durch die verminten Gebiete nicht mit Zeichen über die Minengefahr versehen, und es werden keine genauen Karten von Minenfeldern erstellt. Außerdem hat die Kommission einen verminten Abschnitt im Gebiet von Nowotoschkowskoje entdeckt, der weder auf Karten noch vor Ort bezeichnet war. Außerdem hat die Kommission festgestellt, das die Verminung dieses

Abschnitts durch eine technische Einheiten der 14. Brigade erfolgt war, die dieses Gebiet im letzten Jahr verließ, ohne dem Kommando der 93. Brigade die notwendige Dokumentation zu übergeben. Die Materialien der Ermittlungen wurden an die Militärstaatsanwaltschaft übergeben, um die Personen zu ermitteln, die an der Verminung dieses Gebiets beteiligt waren. ...

de.sputniknews.com: **Stoltenberg: „Defender Europe‘ nicht gegen Russland gerichtet“**

Das Großmanöver „Defender Europe 2020“ sei nicht gegen Russland gerichtet, sagt Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Aus ganz Europa und den USA werden dafür 37.000 Soldaten Richtung russischer Grenze verlegt.

„Defender Europe‘ ist nicht gegen ein bestimmtes Land gerichtet“, sagte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg der Nachrichtenagentur AFP.

„Wir suchen keine Konfrontation mit Russland.“ Es sei aber „eine Tatsache, dass Russlands jüngste Aktivitäten die Stabilität und Sicherheit verringert und die Unvorhersehbarkeit erhöht haben“, sagte Stoltenberg aus Anlass der ersten Truppenbewegung des Manövers, bei der am Montag britische Soldaten im belgischen Hafen Antwerpen anlanden.

Insgesamt nehmen an dem US-geführten Manöver „Defender Europe 2020“ 37.000 Soldaten aus 18 Staaten teil. Aus den USA werden dafür zusätzlich 20.000 Soldaten nach Europa verlegt.

Dies sei „die größte Entsendung von US-Truppen nach Europa seit mehr als 25 Jahren“, sagte Stoltenberg. Das Manöver belege damit „das starke Engagement der USA für die Nato und die Freiheit und Sicherheit Europas.“

Die Verteidigungsübung solle die Fähigkeit zeigen, „bei Bedarf rasch eine große Truppe von den Vereinigten Staaten nach Europa zu verlegen, um zum Schutz anderer Nato-Verbündeter beizutragen.“

Die Verlegung der Truppen gen Osten soll von Februar bis April dauern. Deutschland dient dabei als zentrale Logistik-Drehscheibe. Das Manöver selbst soll von Mitte April bis Anfang Mai vorwiegend in Polen und den baltischen Staaten stattfinden. „Defender Europe 2020“ findet damit in unmittelbarer Nähe der russischen Grenze und unmittelbar vor dem 75.

Jahrestag des Sieges über Hitler-Deutschland statt, der in Russland am 9. Mai mit einer großen Parade gefeiert wird. „Wir erkennen die kritische Rolle an, die die Sowjetunion bei dem Sieg über Nazi-Deutschland gespielt hat“, sagte Stoltenberg der AFP. Bei dem Militärmanöver gehe es aber „um die Sicherheit in Europa heute.“



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32641/39/326413924.jpg>

de.sputniknews.com: **Polnischer Außenminister erklärt Warschau zum Sieger im historischen Streit mit Moskau**

Der polnische Außenminister Jacek Czaputowicz hat sich zu der Geschichtsdebatte zwischen

Polen und Russland geäußert. Laut dem Außenminister hat Polen in dem Streit Recht behalten – nun sollte eine Normalisierung der Verhältnisse mit Russland folgen.

Das polnische Parlament hat am 9. Januar eine Resolution verabschiedet, der zufolge die Sowjetunion zusammen mit Nazi-Deutschland für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verantwortlich war. Das Vorgehen der „zwei damaligen totalitären Mächte“ habe zum Ausbruch des Krieges geführt, so das Dokument. Polen und andere Staaten Mittel- und Osteuropas wären nach dem Molotow-Ribbentrop-Pakt die „ersten Opfer“ gewesen. Im Hinblick auf diese „historische Wahrheit“ meldete sich nun auch der polnische Außenminister Jacek Czaputowicz zu Wort, wie viele polnische Politiker bereits zuvor. „Unter anderem denke ich, dass wir in dem historischen Streit mit Russland gesiegt haben. Russland hat versucht, seine eigene Darstellung der Geschichte aufzuzwingen, aber das ist nicht gelungen“, sagte Czaputowicz in einem Interview mit der polnischen Nachrichtenagentur „PAP“.

Der Außenminister betonte, dass die Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin bei dem diesjährigen Welt-Holocaust-Forum in Jerusalem „nicht gerade antipolnisch“ gewesen sei. Laut Czaputowicz sollten sich nun beide Länder um eine Verbesserung ihrer Beziehungen bemühen.

„Nun sollten wir uns beruhigen und unsere Beziehungen normalisieren, denn trotz aller Differenzen sind wir doch schließlich Nachbarn“, erklärte der polnische Politiker.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat inzwischen auf die Aussage von Czaputowicz reagiert, wonach Polen im historischen Streit gesiegt habe.

„So denken alle Napoleons: Sowohl Bonaparte als auch die in der Psychiatrie“, schrieb Sacharowa in ihrem Facebook-Eintrag.

Bereits im Januar hatte das russische Außenministerium erklärt, dass die Initiative für eine Normalisierung des Dialogs zwischen Russland und Polen von Warschau ausgehen müsse, da gerade Polens Vorgehen den normalen zwischenstaatlichen Beziehungen geschadet habe. Moskau erwarte von Warschau einen „entpolitisierten und auf verlässlichen Fakten beruhenden Ansatz zur Geschichte“.

Geschichtsumschreibung

Die russische Regierung hatte mehrmals betont, dass einige europäische Länder versuchen, die Geschichte umzuschreiben. Russlands Präsident erklärte Mitte Dezember, dass sie – insbesondere Polen – ein Komplott mit dem faschistischen Deutschland eingegangen seien, und dass Russland über Dokumente verfüge, wie sie diese Gespräche geführt hätten. Nach Ansicht russischer Politiker ist Europa nicht bereit, diesen Teil seiner Geschichte zuzugeben. Russlands Präsident Wladimir Putin hatte unter anderem in seiner diesjährigen Ansprache an die Föderale Versammlung bekannt gegeben, Russland werde die größte und umfassendste Sammlung von Archivdokumenten, Filmen und Fotomaterialien zum Zweiten Weltkrieg erstellen, die sowohl den Russen als auch der ganzen Welt zur Verfügung stehen würde.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32641/39/326413977.jpg>

de.sputniknews.com: **Plötzliche Kampfbereitschaftsprüfung in Weißrussland: Nun sind Luftwaffe und Flugabwehr an der Reihe**

Im Rahmen einer umfassenden Prüfung der Kampfbereitschaft der Streitkräfte werden seit Montag auch Einheiten und Verbände der weißrussischen Luftwaffe und Luftabwehr bereitgestellt. Dies geht aus einer Mitteilung des Verteidigungsministeriums in Minsk hervor. Demnach sollen die dienstbereiten Flugabwehrkräfte mit Fla-Raketenbataillonen verstärkt werden, die mit Systemen S-300, „Buk“ und „Osa“ ausgestattet seien.

Die Luftwaffe solle üben, ihre Kräfte auf den Flugplätzen Baranowitschi, Matschulischtschi, Bobruisk, Luninez und Borowzy zu verteilen.

Mechanisierte Brigaden seien bereits an ihren Zielorten eingetroffen und hätten mit der Erfüllung ihrer Aufgaben begonnen, zu denen unter anderem auch Schießübungen bei Nacht zählen würden. Unterwegs sei eine Schwimmbrücke über den Fluss Beresina geschlagen worden.

Am 30. Januar war in Weißrussland eine plötzliche Prüfung der Kampfbereitschaft der Streitkräfte eingeleitet worden. Eine Reihe von Einheiten und Verbänden, die an den Übungen teilgenommen hätten, hätten bereits ihre Aufgaben erfüllt und würden derzeit zu ihren Stationierungsorten zurückgekehrt, hieß es in der Mitteilung des Verteidigungsministeriums.

abends:

de.sputniknews.com: **Verbot von Zwischenlandung für Bundeswehr-Rückholflug in Moskau - Berlin sieht keine Politik**

Die Bundesregierung sieht laut dem Auswärtigen Amt in Berlin keine politischen Hintergründe in der Entscheidung der russischen Luftfahrtbehörden, die Zwischenlandung einer Bundeswehr-Maschine mit zurückgeholten Zivilisten aus China am vergangenen Samstag in Moskau nicht zu genehmigen.

Darüber informierte der stellvertretende Außenamtssprecher Christopher Burger laut RIA Novosti am Montag.

Am Samstag sollte eine Transportmaschine der deutschen Luftwaffe rund 140 aus dem chinesischen Wuhan ausgeflogene Bürger, größtenteils Deutsche, auf dem Heimflug nach Frankfurt einen Zwischenstopp in Russland machen, um aufzutanken und die Besatzung auszuwechseln. Russland verweigerte die Landung, und das Flugzeug flog stattdessen nach Helsinki.

Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer zufolge hatte Russland die Landung „versprochen“, sie dann wegen der Überbelastung der Moskauer Flughäfen verweigert. Sie wolle die Situation mit dem Auswärtigen Amt erörtern, sagte Kramp-Karrenbauer.

Ein Vertreter des Verteidigungsministeriums sagte, es handele sich um eine gewöhnliche Situation, dass ein Flughafen von seiner eingeschränkten Durchlasskapazität in Kenntnis setze. Der Rückholflug sei im Endergebnis erfolgreich gewesen, hieß es.

Am 31. Dezember 2019 hatten die Behörden Chinas die Weltgesundheitsorganisation WHO über den Ausbruch einer bislang unbekanntes Lungeninfektion in der Stadt Wuhan, Provinz Hubei, informiert. Später wurde der Erreger als Coronavirus 2019-nCoV identifiziert.

Bislang wurden in China landesweit rund 17.200 Infizierte und 361 Todesfälle registriert.

Noch 150 Menschen erkrankten in anderen Ländern, eine Person starb. Die WHO rief einen internationalen Gesundheitsnotstand aus.

armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

Vor dem Hintergrund der klar verlogenen friedliebenden Rhetorik, die vom Präsidenten der Ukraine in der internationalen Arena bezüglich seiner Absichten, den Vereinbarungen des „Normandie-Formats“ zur Feuereinstellung und Stabilisierung der Lage im Südosten des Landes zu folgen, demonstriert, versucht Selenskij, sich der Unterstützung hoher politischer Kreise anderer Länder zu versichern, um finanzielle Hilfe für den Kauf tödlicher Waffen zur Anwendung im Donbass zu erhalten.

Bemerkenswert ist die Verschärfung der Lage an der Kontaktlinie während des Besuchs von führenden NATO-Politikern in der Ukraine. Das Treffen Selenskij mit dem Präsidenten der Türkei war keine Ausnahme, So haben wurde heute **Staromichajlowka** von Kämpfern der 28. Brigade zielgerichtet mit Schützenpanzerwaffen beschossen. Nur wie durch einen Wunder gelang es, menschliche Opfer zu vermeiden, den örtlichen Einwohnern gelang es sich in den Kellern ihrer Häuser in Sicherheit zu bringen. Zwei Wohnhäuser in Schewtschenko-Straße 44 und 55 wurden beschädigt. Außerdem wurden heute das **Gelände des Flughafens** von Donezk und **Shabitschewo** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte mit Mörsern beschossen. Eine Verstärkung des Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde auch während des Besuchs des US-Außenministers M. Pompeo in der Ukraine festgestellt, Folge war die **Verletzung von zwei Zivilisten in Golubowskoje**.

Daraus kann man den Schluss ziehen, dass die Wahlkampfversprechen Selenskij über die Erreichung von Frieden im Donbass nur ein Mittel waren, das Präsidentenamt zu erreichen. Die Morde an unserer Bürger und die zielgerichtete Zerstörung ziviler Infrastruktur der Republik durch regelmäßige Beschüsse ist eine Bestätigung der heuchlerischen Versprechungen der ukrainischen Führung.

Wir rufen die internationalen Beobachter der OSZE-Mission auf, ihre Aufmerksamkeit auf die Aggression der bewaffneten Formationen der Ukraine zu konzentrieren und diese Informationen der Weltgemeinschaft zu vermitteln, um das offizielle Kiew in Gestalt von Selenskij zu zwingen, ihre Wahlkampfversprechen einzuhalten und das Blutvergießen im viel geprüften Land des Donbass zu beenden.

de.sputniknews.com: **Warschau und Paris wollen „Weimarer Dreieck“ reanimieren**

Warschau und Paris sind laut Polens Regierungschef Mateusz Morawiecki übereingekommen, das sogenannte Weimarer Dreieck zu reanimieren. „Wir haben uns verpflichtet, dieses Format wiederzubeleben“, sagte Morawiecki am Montag in Warschau auf einer Pressekonferenz mit Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron.

Das Weimarer Dreieck ist ein loses außenpolitisches Gesprächs- und Konsultationsforum Deutschlands, Frankreichs und Polens. Seine Zielsetzung ist die Abstimmung der Politik der drei Länder und die Stärkung der europäischen Integration.

Die Gründung des Weimarer Dreiecks geht auf ein Treffen der Außenminister der drei Länder Hans-Dietrich Genscher, Roland Dumas und Krzysztof Skubiszewski am 28. und 29. August 1991 im thüringischen Weimar zurück.

"Gutes Signal für Europa und übrige Welt"

„Das ist ein sehr gutes Format. Nach dem Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union wird die Gesamtbevölkerung Polens, Frankreichs und Deutschlands 42 Prozent der EU-Bevölkerung ausmachen“, betonte Morawiecki weiter.

Dem polnischen Regierungschef zufolge könnte das Weimarer Dreieck Probleme in Landwirtschaft, Industrie und Steuerpolitik lösen helfen. Das sei ein sehr gutes Signal für Europa und die übrige Welt, sagte der polnische Regierungschef. Die Einstellung Deutschlands zum Vorstoß Frankreichs und Polens ist noch nicht bekannt.

Zuletzt waren Vertreter der drei Länder im Jahr 2011 im Format des Weimarer Dreiecks zusammengetroffen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32641/53/326415340.jpg>

de.sputniknews.com: **Gemeinsame Patrouille mit Russen in Syrien: Türkische Militärs erscheinen einfach nicht**

Türkische Militärs sind nicht wie vereinbart zu einer gemeinsamen Patrouille mit russischen Soldaten in Syrien erschienen. Die russische Militärpolizei musste diese dann laut dem Versöhnungszentrum in Syrien allein absolvieren.

„Wegen des Nichterscheinens der türkischen Seite bei der gemeinsamen Patrouille haben die Einheiten der russischen Militärpolizei die Patrouille einseitig über die folgende Route absolviert: Kobani – Kontrollpunkt Garib – Harab-Nas – Itviran-Takhtani – Badfik – Itviran-Faukani - Kontrollpunkt Garib – Kobani in der Provinz Aleppo“, sagte am Montag der Leiter des Versöhnungszentrums, Generalmajor Juri Borenkow.

Das russische Versöhnungszentrum in Syrien ruft die Anführer der illegalen bewaffneten Gruppierungen in Syrien zum Verzicht auf Provokationen und zum Übergang zur friedlichen Regelung auf.

Türkische Luftwaffe greift Ziele in Idlib an

Türkische Jagdflugzeuge griffen am Montag laut dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan mindestens 40 Ziele im Nordwesten Syriens an. Somit reagierte Ankara auf den jüngsten Beschuss der türkischen Militärs.

Zuvor hatte das Verteidigungsministerium der Türkei gemeldet, dass vier türkische Soldaten bei Zusammenstößen mit der syrischen Armee in der syrischen Provinz Idlib ums Leben gekommen seien. Neun weitere türkische Soldaten seien verletzt worden.

Russisch-türkisches Memorandum

Im Oktober hatten die Präsidenten Russlands und der Türkei, Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan, in der südrussischen Stadt Sotschi ein Zehn-Punkte Memorandum unterzeichnet. Demnach sollen die russische Militärpolizei und der syrische Grenzdienst beim Abzug der kurdischen Volksmilizen und ihrer Waffen aus der 30-Kilometer-Pufferzone an der syrisch-türkischen Grenze Unterstützung leisten.

Zuvor hatte der russische Verteidigungsminister, Sergej Schoigu, mitgeteilt, dass die Kurden ihren Rückzug vorfristig vollzogen hätten. Nun hätten dort Russland und die Türkei mit dem gemeinsamen Patrouillieren begonnen.